

Land investiert 115 Millionen Euro in Maßregelvollzug

Spatenstich Sozialminister Manfred Lucha kommt zum Baustart. Neben der bestehenden JVA entsteht eine Klinik für straffällige suchtkranke Männer mit 100 Betten.

Von Tobias Würth



Oberbürgermeister Daniel Bullinger überbringt den Roten Punkt. Die Bescheinigung der Baufreigabe nehmen Anett Rose-Losert (Geschäftsführerin des Klinikums am Weissenhof) und Sozialminister Manfred Lucha entgegen. Tobias Würth

Selten sind Projekte dieser Größe von der Idee bis hin zum Baustart so schnell vorangekommen. „Etwas mehr als ein Jahr nach Planungsbeginn erfolgt der Spatenstich“, sagt Architekt Ralf Müller von der Planungsgesellschaft Arcass. Die errichtet nun ein dreigeteiltes Gebäude, das eine Fläche von 19 000 Quadratmetern bietet. Drei oberirdische Geschosse entstehen. Viel Tageslicht fällt ein: „Wir wollen mit der Architektur einen Teil zur Genesung der Patienten beitragen“, sagt Müller.

Spatenstich mit Minister

Am Mittwoch kommen rund 70 Gäste zum symbolischen ersten Spatenstich. In der neu angelegten Friedrich-Groß-Straße 10 entsteht ein Maßregelvollzug, der nicht als Gefängnis, sondern als Klinik betrieben wird und dabei strikt von der bestehenden JVA getrennt ist.

Warum ging alles so schnell? Wenn das Land keine Therapieplätze anbieten kann, muss es unter Umständen verurteilte Straftäter wieder freilassen. „400 Betten Überbelegung“ werden derzeit verzeichnet, berichtet Anett Rose-Losert. Die Geschäftsführerin des Klinikums am Weissenhof eröffnet den kleinen Festakt im Zelt. „Jedes Fleckchen Erde wurde mit Containern belegt“, erzählt sie von der Not, die suchtkranken Straffälligen unterzubringen. „Der Druck ist groß, es müssen Lösungen her“, berichtet sie. Doch der Maßregelvollzug löse in der Bevölkerung mitunter Ängste aus. Ein 5,50 Meter hoher Zaun umgibt das Gelände.

Das Klinikum am Weissenhof, das in Hall auch das Zentrum für psychische Gesundheit am Bahnhof betreibt, setzt auf viel Öffentlichkeitsarbeit. Doch zu einem Bürgerdialog im Mai 2022 kamen zwar viele Vertreter des Klinikums, der Verwaltung und aus dem Gemeinderat, aber nur drei Bürger. „In Winnenden ging es beim Bürgerdialog richtig heiß zur Sache“, erinnert sich Rose-Losert an ein Parallel-Projekt.

„Die getroffene Entscheidung ist im gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Und wir stehen zu unserer Verantwortung“, sagt Oberbürgermeister Daniel Bullinger in seinen Grußworten. Im Diskussionsprozess hat er herausgehandelt, dass das Land den Campus Hall finanzielle besser unterstützt. Viel Verhandlungsmasse hatte er nicht, denn das Grundstück für den Maßregelvollzug gehört dem Land. Daher sind die Zusagen nicht so hoch ausgefallen, wie es sich einige Ratsfraktionen gewünscht hätten.

Es sei sehr gut, dass dieser Neubau nicht infrage gestellt wurde, sagt Minister Manfred Lucha. „Es ist ein Zeichen für eine starke solidarische Stadt“, lobt er. „Wenn jemand verurteilt wurde, muss er die Chance erhalten, wieder ein Teil der Gesellschaft zu sein.“

Er dankt den Mitarbeitern der Psychiatrie: „Die Arbeit hat eine Vision: Keinen durch den Rost fallen zu lassen.“ Der Minister muss es wissen. Denn nach der abgeschlossenen Ausbildung zum Krankenpfleger arbeitete „Manne“ Lucha rund 25 Jahre lang bei einem sozialpsychiatrischen Dienst im Bodenseekreis. „Es sind tolle Arbeitsplätze in der Psychiatrie: Man kann sogar Minister werden.“

100 neue Mitarbeiter

Die Suche von Mitarbeitern wird das wohl größte Problem werden, meint Pflegedienstleiter Marcel König. Rund 100 neue Mitarbeiter werden in Hall beschäftigt. Sie sollen schon ab jetzt nach und nach am Standort Weinsberg eingelernt werden.

Nicht allein aus Eigenantrieb, ein wenig auch aus dem Zwang der Dinge entsteht das Gebäude in Hall: Durch ein höchstrichterliches Urteil können sich immer mehr Straftäter in den angenehmeren Maßregelvollzug einklagen. Das hat zu einer Aufblähung von bisher 1000 auf 1400 Betten in Baden-Württemberg geführt. Minister Lucha kündigt an, dass auf Bundesebene eine Gesetzesnovelle unterwegs sei, die diese Aufblähung einschränke.

Ärztlicher Direktor Matthias Michel will daher in Hall in einem Pilotprojekt der „Primärversorgung“ noch schneller überprüfen, ob ein Straftäter auch wirklich die Therapie schafft. Denn bisher ist nur rund die Hälfte der Patienten in der Lage, eine Suchttherapie mitzumachen. „Eine ganze Reihe von Patienten werden uns zugewiesen, die keine bestimmten Probleme haben.“ Ohne Suchtproblem, könne aber auch keine Suchttherapie helfen. „Die wollen wir schnell herausfiltern“, kündigt Michel an.

Nach dem Festakt geht die Arbeit los. Das Gebäude für den Maßregelvollzug mit den dann höchsten Sicherheitsstandards in Baden-Württemberg soll Anfang 2025 in Betrieb gehen.